Offener Brief für das UN-Atomwaffenverbot

Von Javier Solana, Willy Claes (ehemalige NATO-Generalsekretäre), Ban Ki-moon (ehem. UN-Generalsekretär), und 53 weiteren ehemaligen Staats- und Regierungschefs sowie Außen- und Verteidigungsministern aus NATO-Staaten, Japan und Südkorea.

Die Coronavirus-Pandemie hat deutlich gemacht, dass eine verstärkte internationale Zusammenarbeit dringend erforderlich ist, um Bedrohungen für die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschheit anzugehen. Unter diesen Bedrohungen bleibt die Gefahr eines Atomkrieges von größter Bedeutung. Das Risiko einer Atomwaffendetonation heute - ob durch einen Unfall, Fehleinschätzung oder Absicht – nimmt augenscheinlich zu, da neue Arten von Atomwaffen entwickelt wurden, langjährige Rüstungskontrollabkommen aufgekündigt sind und die Gefahr von Cyberangriffen auf nukleare Infrastruktur sehr real geworden ist. Wir sollten die Warnungen von Wissenschaftlern, Ärzten und anderen Experten ernst nehmen. Wir dürfen nicht in eine Krise von noch größerem Ausmaß schlafwandeln als jene, die wir in diesem Jahr bereits erlebt haben.

Es ist nicht schwer vorauszusehen, wie kriegerische Rhetorik und schlechtes Urteilsvermögen der Politiker in nuklear bewaffneten Nationen zu einem Unglück führen könnten, das alle Länder und Völker in Mitleidenschaft zieht. Als frühere Staatenlenker, Außenminister und Verteidigungsminister von Albanien, Belgien, Kanada, Kroatien, der Tschechischen Republik, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Island, Italien, Japan, Lettland, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Portugal, der Slowakei, Slowenien , Südkorea, Spanien und der Türkei - alles Länder, die den Schutz der Atomwaffen eines Verbündeten in Anspruch nehmen - appellieren wir an die derzeitigen Staats- und Regierungschefs, die nukleare Abrüstung voranzutreiben, bevor es zu spät ist. Ein offensichtlicher Ausgangspunkt wäre die uneingeschränkte Erklärung, dass Atomwaffen angesichts der katastrophalen Folgen ihres Einsatzes für Mensch und Umwelt keinen legitimen militärischen oder strategischen Zweck erfüllen. Mit anderen Worten, unsere Länder sollten jede Rolle von Atomwaffen in unserer Verteidigung ablehnen.

Indem wir den Schutz vor Atomwaffen in Anspruch nehmen, fördern wir den gefährlichen Irrglauben, dass Atomwaffen Sicherheit bringen. Anstatt Fortschritte in Richtung einer Welt ohne Atomwaffen zu ermöglichen, behindern wir sie und verstetigen nukleare Gefahren - alles aus der Angst heraus, unsere Verbündeten, die an diesen Massenvernichtungswaffen festhalten, zu kränken. Aber in einer Freundschaft können und müssen wir unsere Stimme erheben, wenn Freunde rücksichtsloses Verhalten an den Tag legen, das unsere und ihre eigenen Leben gefährdet.

Ohne Zweifel ist ein neues nukleares Wettrüsten im Gange, obwohl ein Rennen um Abrüstung dringend erforderlich wäre. Es ist Zeit, die Ära unserer Abhängigkeit von Atomwaffen endgültig zu beenden. Im Jahr 2017 haben 122 Länder einen mutigen, aber längst überfälligen Schritt in diese Richtung getan, indem sie den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen verabschiedet haben - ein wegweisendes globales Abkommen, das Atomwaffen auf die gleiche rechtliche Grundlage stellt wie chemische und biologische Massenvernichtungswaffen und einen Rahmen dafür schafft, sie

nachweislich und irreversibel abzurüsten. Mit seinem baldigen Inkrafttreten wird es rechtsverbindliches Völkerrecht.

Bisher haben unsere Länder entschieden, sich nicht dieser globalen Mehrheit anzuschließen, die diesen Vertrag unterstützt. Aber unsere Entscheidungsträger sollten ihre Positionen überdenken. Wir können es uns nicht leisten, angesichts dieser existenziellen Bedrohung für die Menschheit zu zögern. Wir müssen Mut zeigen - und uns dem Vertrag anschließen. Als Vertragsstaaten können wir in Allianzen mit nuklear bewaffneten Staaten verbleiben, da dies weder im Vertrag selbst noch in unseren jeweiligen Verteidigungsbündnissen ausgeschlossen ist. Aber wir wären rechtlich verpflichtet, unseren Verbündeten nicht dabei zu helfen oder sie zu ermutigen, Atomwaffen einzusetzen, ihren Einsatz anzudrohen oder sie zu besitzen. Angesichts der überwältigenden Unterstützung der Bevölkerung für nukleare Abrüstung wäre dies ein unumstrittener und vielgelobter Schritt.

Der Verbotsvertrag ist eine wichtige Stärkung des vor einem halben Jahrhundert angenommenen Nichtverbreitungsvertrags (NVV), der die Verbreitung von Atomwaffen zwar bemerkenswert erfolgreich eindämmt, jedoch kein universelles Tabu gegen den Besitz von Atomwaffen etabliert hat. Die fünf Atomwaffenstaaten, die zum Zeitpunkt der Verhandlungen über den NVV über Atomwaffen verfügten - die Vereinigten Staaten, Russland, Großbritannien, Frankreich und China - sehen dies offenbar als Lizenz an, ihre Massenvernichtungswaffen auf Ewig zu behalten. Anstatt abzurüsten, investieren sie massiv in die Modernisierung ihrer Arsenale. Dies ist offenkundig inakzeptabel.

Der 2017 verabschiedete Verbotsvertrag kann dazu beitragen, Jahrzehnte der Kähmung in der Abrüstung zu beenden. Er ist ein Hoffnungsschimmer in einer dunklen Zeit. Er ermöglicht den Ländern, sich einer unmissverständlichen multilateralen Norm gegen Atomwaffen anzuschließen und internationalen Handlungsdruck aufzubauen. Wie die Präambel anerkennt, „überschreiten die Auswirkungen von Atomwaffen nationale Grenzen, haben gravierende Auswirkungen auf den Fortbestand der Menschheit, die Umwelt, die sozioökonomische Entwicklung, die Weltwirtschaft, die Ernährungssicherheit und die Gesundheit heutiger und künftiger Generationen und wirken sich unverhältnismäßig stark auf Frauen und Mädchen aus, auch infolge ionisierender Strahlung “.

Mit fast 14.000 Atomwaffen an Dutzenden von Orten weltweit und U-Booten, die zu jeder Zeit die Ozeane patrouillieren, ist das Zerstörungspotential weit jenseits unserer Vorstellungskraft. Alle verantwortlichen Entscheidungsträger müssen jetzt handeln, um sicherzustellen, dass sich die Schrecken von 1945 niemals wiederholen. Früher oder später wird unser Glück uns verlassen – wenn wir nicht handeln. Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen bildet die Grundlage für eine sicherere Welt, die frei von dieser ultimativen Bedrohung ist. Wir müssen uns dem Verbot zuwenden und daran arbeiten, andere dafür zu gewinnen. Es gibt keine Heilung für den Atomkrieg. Prävention ist unsere einzige Chance.

Lloyd Axworthy, ehemaliger Außenminister, Kanada

Ban Ki-moon, ehemaliger UN-Generalsekretär und Außenminister, Südkorea

Jean-Jacques Blais, ehemaliger Verteidigungsminister, Kanada

Kjell Magne Bondevik, ehemaliger Premierminister und Außenminister, Norwegen

Ylli Bufi, ehemaliger Premierminister, Albanien

Jean Chrétien, ehemaliger Premierminister, Kanada

Willy Claes, ehemaliger NATO-Generalsekretär und Außenminister, Belgien

Erik Derycke, ehemaliger Außenminister, Belgien

Joschka Fischer, ehemaliger Außenminister, Deutschland

Franco Frattini, ehemaliger Außenminister, Italien

Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, ehemalige Außenministerin, Island

Bjørn Tore Godal, ehemaliger Außenminister und Verteidigungsminister, Norwegen

Bill Graham, ehemaliger Außenminister und Verteidigungsminister, Kanada

Hatoyama Yukio, ehemaliger Premierminister, Japan

Thorbjørn Jagland, ehemaliger Premierminister und Außenminister, Norwegen

Ljubica Jelušič, ehemalige Verteidigungsministerin, Slowenien

Tālavs Jundzis, ehemaliger Verteidigungsminister, Lettland

Jan Kavan, ehemaliger Außenminister, Tschechien

Alojz Krapež, ehemaliger Verteidigungsminister, Slowenien

Ģirts Valdis Kristovskis, ehemaliger Außenminister und Verteidigungsminister, Lettland

Aleksander Kwaśniewski, ehemaliger Präsident, Polen

Yves Leterme, ehemaliger Premierminister und Außenminister, Belgien

Enrico Letta, ehemaliger Premierminister, Italien

Eldbjørg Løwer, ehemalige Verteidigungsministerin, Norwegen

Mogens Lykketoft, ehemaliger Außenminister, Dänemark

John Mccallum, ehemaliger Verteidigungsminister, Kanada

John Manley, ehemaliger Außenminister, Kanada

Rexhep Meidani, ehemaliger Präsident, Albanien

Zdravko Mršić, ehemaliger Außenminister, Kroatien

Linda Mūrniece, ehemalige Verteidigungsministerin, Lettland

Fatos Nano, ehemaliger Premierminister, Albanien

Holger K. Nielsen, ehemaliger Außenminister, Dänemark

Andrzej Olechowski, ehemaliger Außenminister, Polen

Kjeld Olesen, ehemaliger Außenminister und Verteidigungsminister, Dänemark

Ana Palacio, ehemalige Außenministerin, Spanien

Theodoros Pangalos, ehemaliger Außenminister, Griechenland

Jan Pronk, ehemaliger Verteidigungsminister (ad interim), Niederlande

Vesna Pusić, ehemalige Außenministerin, Kroatien

Dariusz Rosati, ehemaliger Außenminister, Polen

Rudolf Scharping, ehemaliger Verteidigungsminister, Deutschland

Juraj Schenk, ehemaliger Außenminister, Slowakei

Nuno Severiano Teixeira, ehemaliger Verteidigungsminister, Portugal

Jóhanna Sigurðardóttir, ehemalige Premierministerin, Island

Össur Skarphéðinsson, ehemaliger Außenminister, Island

Javier Solana, ehemaliger NATO-Generalsekretär und Außenminister, Spanien

Anne-Grete Strøm-Erichsen, ehemalige Verteidigungsministerin, Norwegen

Hanna Suchocka, ehemalige Premierministerin, Polen

Szekeres Imre, ehemaliger Verteidigungsminister, Ungarn

Tanaka Makiko, ehemaliger Außenminister, Japan

Tanaka Naoki, ehemaliger Verteidigungsminister, Japan

Danilo Türk, ehemaliger Präsident, Slowenien

Hikmet Sami Türk, ehemaliger Verteidigungsminister, Türkei

John N. Turner, ehemaliger Premierminister, Kanada

Guy Verhofstadt, ehemaliger Premierminister, Belgien

Knut Vollebæk, ehemaliger Außenminister, Norwegen

Carlos Westendorp y Cabeza, ehemaliger Außenminister, Spanien